

3. Änderungsantrag

zum

Beschluss zur Neufassung der Satzung der Großen Kreisstadt Zittau über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege 158/2019

Beschlussvorschlag:

1. Bis zum 31.12.2020 werden die Elternbeiträge gem. § 15 i. V. m. §14 Sächsisches Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege nicht erhöht.
2. Der Oberbürgermeister legt dem Stadtrat bis zum 01.03.2020 ein Konzept zur schrittweisen Absenkung der Elternbeiträge auf die untere vom Gesetzgeber vorgesehene Grenze in dem Jahr 2020 vor. Eine entsprechende Beschlussberatung des Konzeptes erfolgt in der Stadtratssitzung im April 2020.“
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Freistaat dafür einzusetzen, dass die Landeszuschüsse gemäß § 18 SächsKitaG insbesondere unter Berücksichtigung von Tarifanpassungen jährlich dynamisiert werden, um eine gleichbleibende Beteiligung des Freistaates an den Kita-Gesamtkosten zu gewährleisten. Weiterhin sollten die Städte, die als Mittelzentren eine wichtige Rolle im ländlichen Raum einnehmen, zusätzlich finanziell unterstützt werden.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf eine gemeinsame Initiative der kommunalen Spitzenverbände in Sachsen hinzuwirken, um mit der Staatsregierung Finanzierungsmodalitäten für eine elternbeitragsfreie Betreuung in den Kindertagesstätten (Krippe, Kindergarten, Hort) auszuhandeln.

Begründung:

Um unserem Ziel einer beitragsfreien Betreuung in den Kindertagesstätten näherzukommen, beantragen wir, den Oberbürgermeister zu beauftragen, ein Konzept zur schrittweisen Absenkung der Elternbeiträge auf die untere vom Gesetzgeber vorgesehene Grenze für das Jahr 2020 zu erarbeiten.

Allerdings wollen wir die neue Landesregierung nicht aus der Finanzierungsverantwortung lassen. Die Kita-Landespauschale soll endlich dynamisch an die jährlich steigenden Betriebskosten angepasst werden. Bis jetzt werden die Kostensteigerungen von den Eltern und der Stadt getragen.“

Der Freistaat hat zwar seine Pauschale zur Kita-Finanzierung in den letzten Jahren leicht erhöht – eine Dynamisierung des Landeszuschusses gibt es jedoch nicht. Die bisherige Erhöhung kam ausschließlich der Verbesserung des eh schon schlechten Betreuungsschlüssels zugute. Das heißt: Die Personalsituation hat sich leicht verbessert, die Kosten für die Eltern sind trotzdem weiter gestiegen. Und die Kosten für die Stadt auch.

Wir sind dagegen, dass sich der Freistaat auf Kosten von Kommunen und Eltern „gesundspart“. Ein rein betriebswirtschaftliches Denken auf Kosten der Betroffenen, wie man es auch in der ÖPNV-Politik antrifft. Überall da, wo es um solidarische Finanzierungsmodelle geht, haben vergangene sächsische Regierungen neoliberale „Sparkurse“ durchgesetzt. Mit dem Ergebnis, dass Kommunen und Bürger die „gesparten“ Gelder extra berappen müssen. Nicht mit der LINKEN!